

**Gruppe im Rat der Hansestadt Lüneburg**

Gruppensprecherin: Marianne Esders  
Reichenbachstraße 2, 21335 Lüneburg  
marianne.esders@dielinke-lueneburg.de

Hansestadt Lüneburg  
Oberbürgermeisterin Claudia Kalisch  
Am Ochsenmarkt 1  
21335 Lüneburg

Lüneburg, den 10.12.2023

**Änderungsantrag zum Haushaltsplanentwurf 2024 der Hansestadt Lüneburg (VO/10854/23)**

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

zum Haushaltsplanentwurf 2024 der Hansestadt Lüneburg (VO/10854/23) stellt die Gruppe Die PARTEI / Die Linke folgenden Änderungsantrag:

**Freiwillige Leistungen steigern, beantragte Kostenzuschüsse im sozialen und kulturellen Bereich vollumfänglich gewähren**

Der Rat der Hansestadt Lüneburg möge im Rahmen der Haushaltsberatungen beschließen, Zuschüsse der folgenden Produkte entsprechend im Haushaltsplan richtig anzupassen:

	Ziel	Produkt	Haushaltsplanentwurf (alt)	Zu gewährleistender Zuschuss (neu)
1.	diversu e. V.	315001	5.000€	15.000€
2.	Checkpoint queer	315001	39.000€	80.000€
3.	Wachstumsinitiative Süderelbe AG	571001	38.700€ und Aktienanteile	0€ Mitgliedschaft kündigen, Aktienanteile abstoßen und freiwerdende Mittel für soziale Zwecke zur Verfügung stellen
4.	Stadtjugendring	362101	13.500€	20.000€
5.	Soziale Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen	315301	3.000€	20.000€
6.	Informationsveranstaltung Umbenennung Hindenburgstraße		0€	30.000€
7.	Kunstverein e.V.		4.700€	8.300€
8.	Schmidt-Scherer-Weber-Theaterproduktion GbR	IF2024-009	0€ (bzw. 2.000€ als Projektförderung)	10.000€
9.	Kunstschule Ikarus	273001	0€	mindestens 27.500€
10.	Budget für Klimaschutzfonds		0€	20.000€
11.	Erinnerungsort Möllering Villa	0710010	0€	30.000€ aus HH2023 nach HH2024 übertragen

## **Begründung:**

Trotz angespannter Haushaltslage sollten benötigte Einsparungen nicht in dem im Haushaltsplanentwurf 2024 erkennbaren Maße an sozialen und kulturellen Einrichtungen der Hansestadt Lüneburg vorgenommen werden. Die Mittelbeantragungen der verschiedenen Einrichtungen sind im Einzelfall zu bewerten. Statt der in der Liste der Freiwilligen Leistungen gespiegelten Teilbewilligungen beantragter Gelder sollten diese in ihrer vollumfänglichen Höhe gewährt bzw. zusätzliche benötigte Mittel zur Verfügung gestellt werden, so dass die Einrichtungen ihre unerlässliche Arbeit im Jahr 2024 durchführen können, ohne aufgrund von Finanzierungslücken ihre Kosten nicht decken zu können und deshalb in finanzielle Schieflage zu geraten.

Die Summe der freiwilligen Leistungen gemessen an den Gesamtaufwendungen im Haushaltjahr 2024 macht mit den in der Vorlage kalkulierten 3,03% einen als sehr gering zu beurteilenden Anteil der Aufwendungen aus. Als Vergleich weist z.B. die Stadt Potsdam einen Anteil von 11% für freiwillige Leistungen auf. Der aktuell kalkulierte Anteil wird den tatsächlichen Gegebenheiten in der Hansestadt Lüneburg nicht gerecht und lässt wichtige und etablierte soziale Einrichtungen der Stadt mit einem Finanzierungsloch zurück.

Grundsätzlich ist fraglich, ob die im Haushaltsentwurf genannten Gesamtaufwendungen als Bemessungsgrundlage für die Bedarfsermittlung der freiwilligen Leistungen dienen sollten, denn für den Haushaltsplan gilt ein selbst auferlegter Deckelungs-Beschluss, wodurch sich in der Planung möglichst geringe – und keinesfalls die notwendigen, am Bedarf ausgerichteten – Mittel für Ausgaben spiegeln.

Hinzu kommt, dass für das Haushaltsprodukt 315001 Soziale Einrichtungen für 2024 insgesamt nur 54.000€ (und damit 10.000€ weniger als im Vorjahr) im Haushaltsplan hinterlegt sind, unter welchem sich aber nicht etwa eine einzige, sondern diverse soziale Einrichtungen der Hansestadt mit ihren berechtigten Bedarfen subsumieren. Vergleicht man diesen Anteil z.B. mit Ausgaben, die im Teilbereich der Freiwilligen Leistungen zur Wirtschaftsförderung (siehe z.B. jährlicher Zuschuss allein an die Lüneburg Marketing GmbH über 530.000€ bis 2027 oder 38.700€ Förderbeiträge für die Wachstumsinitiative Süderelbe AG, bei der uns die Nutzhaftigkeit einer fortwährenden Mitgliedschaft nicht ersichtlich ist) und auch zur Finanzierung berechtigter Klima- und Umweltschutzmaßnahmen durch die Stadt geplant sind, so wird deutlich sichtbar, dass die Anliegen sozialer Einrichtung an hinterer Stelle stehen. Es geht aber noch schlimmer. Ein Blick auf das Haushaltsprodukt 315301 Soziale Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen weist für diesen Teilbereich ein Gesamtvolumen von sage und schreibe 3.000€ für das Jahr 2024 auf und auch für die Folgejahre werden keine Anpassungen nach oben ersichtlich.

### **1. diversu e.V.**

diversu e.V. leistet als Antidiskriminierungsstelle in der Hansestadt seit Jahren unersetzliche Arbeit, nicht nur im Bemühen, Unterstützungsarbeit für von Rassismus und Diskriminierung betroffene Menschen zu erbringen, sondern sie hat auch einen großen Anteil daran, dass Lüneburg sich als Teil des Antidiskriminierungs-Netzwerkes KADNON in Nordostniedersachsens betrachten darf und dass in der Stadt zahlreiche Vernetzungs-, Sensibilisierungs- und Beratungs-Maßnahmen und Aktivitäten zur Bekämpfung von Diskriminierung umgesetzt werden.

Dennoch ist diversu e.V. nicht stabil finanziert und jährlich mit der Notwendigkeit der Einwerbung von Drittmitteln konfrontiert. Aufgrund der Bundeshaushaltslage ist zudem die Demokratieförderung gefährdet. Hinzu kommt, dass Rechtsextremismus sich verstärkt. So ist laut dem Bundesverband

„Mobile Beratung“ die AfD mit ihren völkisch-nationalistischen Kräften auch im Lüneburger und Uelzener Umland so stark wie noch nie. Aus den Corona-Protesten hat sich außerdem „ein stabiles anti-demokratisches Milieu“ gebildet, das weiterhin aktiv ist, mit Einwohnendenfragen in Ratsversammlungen auftritt und Ratsmitglieder direkt mit seinen anti-demokratischen Anliegen behelligt.

Daher ist es unverständlich, dass laut Vorlage VO/11025/23 der Verwaltung für diversu e.V. lediglich 5.000€ statt der vollen beantragten Summe von 15.000€ in den Haushalt 2024 eingestellt wurden.

Eine Summe von 5.000€ ist nicht ausreichend für die zu leistende Arbeit und die Herausforderungen, vor denen diversu e.V. und auch die Hansestadt Lüneburg stehen. Wir hoffen, dass diese Planung überdacht wird und beantragen, dass diversu e.V. der dringend gebrauchte Kostenzuschuss von 15.000€ in voller Höhe gewährt wird.

## **2. checkpoint queer e.V.**

Bei der Organisation checkpoint queer e.V. handelt es sich um eine seit Jahren in der Stadt etablierte soziale Einrichtung, die vor allem durch das unermüdliche Engagement Ehrenamtlicher unersetzliche Unterstützungsarbeit für Menschen in der Stadt und der Region Lüneburg leistet. Gerade vor dem Hintergrund, dass das politische Klima immer weiter nach rechts driftet und lesbische, schwule, transgeschlechtliche, intergeschlechtliche und queere Menschen einer kontinuierlich steigenden Gefahr der Diskriminierung, Hetze, teils der Bedrohung und auch tätlichen Angriffen ausgesetzt sind, die tödlich enden können, ist der Handlungsbedarf enorm. In Zusammenarbeit mit der Einrichtung SCHLAU Lüneburg e.V., die in Lüneburg ebenso zentral ist und wertvolle Arbeit in der und für die Stadt Lüneburg leistet, soll nun durch gemeinsam beantragte Mittel die Unterstützung von Menschen mit belasteten Lebenslagen gemeinsam umgesetzt und weiter verstetigt werden. Diese Form der Kooperation und die damit gezeigte Absicht, an Schnittpunkten zu kooperieren und dafür benötigte finanzielle Aufwendungen zusammenzulegen und gemeinsam zu beantragen, halten wir für sehr begrüßens- und unterstützenswert.

Die beantragten Mittel werden benötigt, um eine Vollzeit Pädagog\_innen-Stelle auf TVL 9 (55.000€), einen Minijob für SCHLAU Koordination (8.200€) plus Sach- und Verwaltungskosten abdecken zu können. Wir plädieren unbedingt dafür, diese beiden Organisationen in ihrer so wichtigen Arbeit, die sie für die und in der Stadt Lüneburg leisten, nicht zu hemmen. Den mit den beantragten Geldern zum Ausdruck gebrachten Professionalisierungsanspruch, der eine angemessene tarifliche Bezahlung beinhaltet, halten wir für vollumfänglich förderfähig. Die Hansestadt Lüneburg darf in so wichtigen Bereichen der Sozialen Arbeit nicht in übermäßigem Maß auf das Ehrenamt und Freiwilligkeit setzen, sondern ihr sollte daran gelegen sein, die wichtige geleistete Arbeit angemessen anzuerkennen und zu finanzieren. Die dem Antrag beigelegten Referenzen unterstreichen noch einmal die Wertigkeit und Relevanz der hier geleisteten Arbeit. Zudem möchten wir darauf hinweisen, dass die in der Verwaltungsvorlage VO/11021/31 abgebildeten 39.000€ für checkpoint queer e.V. für den Haushalt 2024, die erfolgten Tarifsteigerungen nicht mit abbilden. Damit die Tarifsteigerungen abgedeckt werden könnten, wäre eine Erhöhung der Mittel auf mindestens 43.000€ nötig.

Wir beantragen die vollumfängliche Gewährung der beantragten Mittel über 80.000€ zur Finanzierung der oben genannten Personalstellen und weiteren Kosten. (Überlegungen zur Finanzierung werden im Folgenden in Abschnitt 3 ersichtlich).

### **3. Wachstumsinitiative Süderelbe e.V.**

Des Weiteren beantragen wir, dass die Verwaltung prüfen möge, in welcher Höhe Mittel 1. bei einer Beendigung der Mitgliedschaft in der Süderelbe AG oder 2. durch Abstoßen der zusätzlich erworbenen Aktien frei würden, 3. zu welchem Datum diese Mittel jeweils frühestens frei würden und 4. ob die frei werdenden Mittel für soziale Zwecke in den Freiwilligen Leistungen genutzt werden könnten.

### **4. Stadtjugendring e.V.**

Der Stadtjugendring ist aus Lüneburg nicht wegzudenken und erbringt wertvolle Arbeit. Die Menschen, die sich beim Stadtjugendring betätigen leisten mit wenigen Mitteln Unglaubliches. Der städtische Zuschuss wurde das letzte Mal im Jahr 2014 angepasst. Seitdem sind die Preise für Arbeitskraft- und Sachmittel fortlaufend gestiegen.

Dieser Änderungsantrag zur Haushaltsplanung greift das Anliegen des Stadtjugendrings auf, welches bereits im JHA am 14. November 2023 Thema war. Auch hier gilt, die beantragten Gelder sollten vollumfänglich gewährt werden. Statt der im Haushalt unter 352101 hinterlegten 13.500€ werden jährlich 20.000€ benötigt. Wir beantragen, die Mittel im Haushaltsplanentwurf entsprechend anzupassen, um diese wichtige Einrichtung arbeitsfähig zu halten.

Weitere Informationen können den Anlagen im Allris entnommen werden.

<https://ratsinfo.stadt.lueneburg.de/bi/vo020.asp?VOLFDNR=11149>

### **5. Soziale Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen**

Der Haushaltsplan 2024 weist für soziale Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen Mittel in einer Gesamthöhe von 3.000€ aus. Gerade vor dem Hintergrund, dass der Behindertenbeirat wiederholt darauf hingewiesen hat, dass die Ausschuss- und Ratsversammlungen zum größten Teil nicht barrierefrei veranstaltet werden und von Seiten der Verwaltung zur Schaffung von Barrierefreiheit entstehende Kosten für barrierefreie Räume und deren Ausstattung als Hinderungsgrund angegeben wurden, halten wir es für angebracht, zumindest eine Pauschale über 20.000€ zur Veränderung dieser Situation in den Haushalt einzustellen. Damit könnte man z.B. Gebärdendolmetscher\*innen finanzieren oder den Treppenlift des Rathauses reparieren bzw. wieder nutzbar machen. Auch könnten von diesen Mitteln Raummieten finanziert werden, falls es aufgrund von unüberwindbaren Barrieren zu einem Raumwechsel kommen muss, der Mehrkosten bedeuten würde. Ziel sollte es sein, die Veranstaltungen des Rates (Ausschüsse, AGs, Ratssitzungen, weitere Gremiensitzungen, usw.) barrierefrei zu machen und somit die Teilhabe „für Alle“ zu ermöglichen.

### **6. Informationsveranstaltung Umbenennung Hindenburgstraße**

In der Sitzung des Kultur- und Partnerschaftsausschusses vom 20.11.2023 teilte die Verwaltung mit, dass im Zuge der Umbenennung der Hindenburgstraße zur Einladung und Umsetzung der beiden durchzuführenden Informationsveranstaltungen für sowohl die betroffenen Anwohnenden, Gewerbetreibenden und Interessenvertretungen als auch die interessierte Öffentlichkeit mit Kosten von ca. 30.000 Euro zu rechnen sei (siehe Vorlage VO/10961/23). Diese Geldsumme sei bisher nicht in den Haushalt 2024 eingestellt und würden bisher nicht im Produkt 281001 widerspiegelt. Wir

beantragen, die genannten Mittel zur Durchführung der geplanten Informationsveranstaltungen in den Haushalt einzustellen.

#### **7. Kunstverein e.V.**

Im Mai 2023 hatte der Kunstverein e.V. seine Arbeit im Ausschuss für Partnerschaften und Kultur vorgestellt und die Stadt zur Deckung einer entstandenen Finanzierungslücke um eine Erhöhung der städtischen Zuschüsse von 4.700€ auf 8.300€ gebeten. Laut Fachbereich Kultur stünden die Haushaltsmittel im Rahmen der Budgetdeckung im Budget 41/Kultur durch Einsparungen/Minderausgaben zur Verfügung. Wir beantragen, dem Antrag des Kunstvereins zuzustimmen und den Haushaltsplanentwurf entsprechend anzupassen.

#### **8. Schmidt-Scherer-Weber Theaterproduktion GbR**

Laut Verwaltungsvorlage VO/10989/23 ist der vorliegende Antrag der Schmit-Scherer-Weber-Theaterproduktion GbR aus der Liste der institutionellen Förderanträge entfernt und als Projektförderantrag gewertet worden. Nach Vorsprache von Herrn Axel Schmidt-Scherer im Ausschuss für Kultur und Partnerschaften vom 20.11.2023 wurde ersichtlich, dass es sich hier um ein Missverständnis handelt, so dass es sich bei den beantragten Mitteln nicht um Mittel für eine Projektförderung, sondern um Mittel für die anteilige Deckung der gesamten Ausgaben der GbR handelt. Zuwendungen in der Kategorie institutionelle Förderungen sind somit auch für diese Einrichtung zulässig. Die Situation des Lüneburger Theaters hat uns gezeigt, dass aufgrund der vielfältigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Krisen, Theater besonders unter Finanzierungsdruck stehen und es kaum schaffen, ihre Kosten zu decken. Wir beantragen, die von der Schmidt-Scherer-Weber Theaterproduktion beantragten 10.000€ in die Gesamtsumme der Anträge auf institutionelle Förderung in 2024 mit einzurechnen und diese entsprechend im Haushalt 2024 anzupassen.

#### **9. Kunstschule IKARUS e.V.**

Am 7. März 2023 stellte die Kunstschule IKARUS im Ausschuss für Kultur und Partnerschaften ihre umfangreiche Arbeit vor. Die Kunstschule wurde in den Jahren zuvor von der Hansestadt Lüneburg finanziell unterstützt. Für das Jahr 2023 weist die Liste der Freiwilligen Leistungen unter Produkt 273001 eine Förderung in Höhe von 27.500€ aus. Wir beantragen, diese Unterstützung auch im Jahr 2024 fortzuführen und die dafür benötigten Mittel von mindestens 27.500€ (falls mehr Gelder benötigt werden, ist dieser Betrag anzupassen) in den Haushalt einzustellen.

#### **10. Budget für Klimaschutzfonds**


Aufgrund der global erkennbaren Klimakatastrophe, von deren Auswirkungen auch Deutschland und Lüneburg nicht ausgenommen sind, ergibt sich eine besondere Dringlichkeit für die Umsetzung von Klimaschutz-Maßnahmen. Sowohl in den Ausschüssen als auch in den Ratssitzungen haben sich Mitglieder des Klimaentscheids und der Initiative Fridays for Future besorgt über die Verwässerung des Klimaschutzgesetzes gezeigt und sich für die Bereitstellung eines städtischen Klimaschutzfonds stark gemacht, aus dem Kosten für die Umsetzung dringend benötigter Klimaschutz-Projekte in der Hansestadt Lüneburg bezahlt werden sollen. Im schon bestehenden Arbeitskreis Klimaneutralität

werden im Sinne der Umwelt- und Klima-Anliegen der Bürger\*innen der Stadt, entsprechende Ideen und Konzepte entwickelt. Um diese gut umsetzen zu können, ist ein Budget notwendig. Wir beantragen Mittel über 20.000€ für diesen Klimaschutzfonds in den Haushalt 2024 einzustellen.

### 11. Möllering Villa

Im Ausschuss für Partnerschaften und Kultur vom 20.11.2023 wurde vorgeschlagen, die zur Schaffung eines Erinnerungsortes im Zusammenhang mit den geschichtlichen Ereignissen rund um die Möllering Villa im Haushalt 2023 zur Verfügung stehenden Mittel für investive Maßnahmen über 30.000 in den Haushalt 2024 zu übertragen. Die Mittel sollen nicht für anderweitige Anschaffungen Anwendung finden, sondern explizit zur Schaffung eines „Erinnerungsortes Möllering Villa“ verwendet werden. Ein geeignetes Konzept, das außerhalb des Grundstückes der Möllering Villa, z.B. innerhalb des Museums Lüneburg, umgesetzt werden könnte, befindet sich aktuell in Erarbeitung unter Federführung der Direktorin des Museums Lüneburg, Frau Heike Düselder. Wir beantragen die 30.000€ für investive Maßnahmen aus dem HH2023 in den Haushalt 2024 zu übertragen und explizit für die Gestaltung und Konzeption einer Ausstellung zum Erinnerungsort Möllering Villa zu verwenden.

Mit freundlichen Grüßen



Marianne Esders

Gruppensprecherin Die PARTEI / Die Linke



Lukas Bieber

stellv. Gruppensprecher Die PARTEI / Die Linke